

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 20 / 44. Jg.

15. Mai 1931

**ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN,
STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.**

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3773). Für die Länder des Weltpostvereins 1.— Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-
schluß: Montag. Fernruf: B 2, Lützow 5583.
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8—9.

Insertion. Für die vierspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*
Postverlagort Schkeuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Vom Nollendorf zum Stegerwald?

Die Tarifverhandlungen für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe, die am 4. Mai in den Sitzungsräumen des Schutzverbandes am Berliner Nollendorfplatz begannen, haben den fast mit Sicherheit vorauszusehenden Verlauf genommen. Trotzdem 3 Tage und eine halbe Nacht verhandelt wurde, waren die Interessengegensätze nicht so weit anzugleichen, daß eine Vereinbarung möglich war, die als Grundlage zur Beratung und zur Beschlußfassung über den Abschluß eines neuen Tarifes gelten konnte. Die Verhandlungen sind vielmehr ausgegangen wie das Hornberger Schießen und die Situation steht vorläufig noch so, daß der Tarif von den Unternehmern gekündigt ist und am 31. Mai abläuft.

Die Kollegen sind über die tarifliche Sachlage durch den von uns erstatteten Bericht im Bilde. Wie zu erwarten war, ging es bei den Verhandlungen neben einigen anderen Dingen in der Hauptsache um den Lohn, um die Feiertagsbezahlung und um die Ferien. Das kam auch gleich zu Beginn der Verhandlungen durch den Mund des Unternehmensvorsitzenden zum Ausdruck. Selbstverständlich wehrten sich die Unternehmer gegen die von uns ausgesprochene Vermutung, daß sie von vornherein mit der Anrufung des Schlichters rechneten, aber der Gang der Verhandlungen hat unsere Vermutung als nur zu berechtigt erwiesen. Denn daß die Gehilfenvertreter bereit und berechtigt sein würden, den Unternehmervorstellungen auch nur annähernd Rechnung zutragen, lag außer dem Bereich jeder Möglichkeit. Bestimmt waren die Gehilfenvertreter bereit, in freier Verhandlung zu einer Vereinbarung zu kommen wie all die Jahre vorher, aber die Unternehmeranträge waren dazu keine Basis. So mußte es kommen wie es gekommen ist: Die Verhandlungen sind, ohne eine Verständigung zu erzielen, abgebrochen worden.

Es war mit Bestimmtheit vorauszusehen, daß der Kampf um den Lohn im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stehen würde.

Nachdem auch die andern Arbeitergruppen des graphischen Gewerbes nach heftiger Abwehr einen Lohnabbau einstecken mußten, wollen ihn die Steindruckereibesitzer natürlich auch haben. Lohnabbau ist zwar volkswirtschaftlicher Unsinn, aber jetzt die große Mode. Im brandenden Meer der Lohnabbauerei auf die Dauer als unberührter Fels zu stehen, ist wohl auch für uns unmöglich. 15 Proz. Lohnabbau, wie ihn die Unternehmer forderten, war aber ebenso unmöglich. Sollten die Verhandlungen mit einer freien Vereinbarung enden, mußten die Gehilfenvertreter einen ihnen tragbar erscheinenden Vorschlag zur Regelung des Lohnes machen.

Das geschah auch und wurde während der Verhandlungen folgender Vorschlag von den Gehilfen unterbreitet:

„Ab 1. Juni 1931 erfolgt ein Lohnabbau für Gehilfen mit einem Wochenlohn von 50 bis 60 Mk. im Betrage von 1 Mk., von 60 bis 70 Mk. im Betrage von 2 Mk., von 70 bis 80 Mk. im Betrage von 3 Mk., über 80 Mk. im Betrage von 4 Mk.“

Bei Kurzarbeit erfolgt dieser Lohnabzug erst, nachdem wieder die normale Arbeitszeit eingeführt worden ist.

Der tarifliche Mindestlohn wird um 1 Mk. gesenkt.

Ausgelernte im ersten Gehilfenjahr mit weniger als 3 Mk. über dem tariflichen Mindestlohn erhalten keinen Lohnabzug.

Wo in der Zeit vom 1. Juni 1930 bis zum 31. Mai 1931 Gehilfen ein Abzug vom Lohn gemacht worden ist, finden diese Vereinbarungen keine Anwendung. Ist der gemachte Lohnabzug höher als die Sätze dieser Vereinbarung, so wird der abgezogene Betrag entsprechend vermindert.

Die den Gehilfen nach Inkrafttreten des Tarifes gezahlten Löhne gelten bis zum 31. Mai 1932.

Verweigern die Gehilfen bei Vermittlung durch den staatlichen Arbeitsnachweis die Annahme einer Stellung wegen zu niedrigem Lohnangebot, so darf eine Meldung an das Arbeitsamt zum Zwecke der Sperrung der staatlichen Erwerbslosenunterstützung nicht erfolgen.“

Diesen Vorschlag bezeichneten die Unternehmer als eine Verhöhnung, obwohl die Gehilfenvertreter schon sehr weit gegangen waren. Wie oft ist dann schon die Gehilfenschaft von den Unternehmern verhöhnt worden? Erinnerung sei nur daran, als die Gehilfen Lohnzulage forderten und nach endlosen Verhandlungen mit Ach und Krach 2 und 3 Mk. erzielt werden konnten. Aber auch bei den diesmaligen Verhandlungen hätten die Gehilfen allen Anlaß von Verhöhnung durch die Unternehmer zu reden. Man nehme nur zur Kenntnis: Auf die Gehilfenforderung der 40-Stundenwoche als Hilfe für die Arbeitslosen, boten die Unternehmer die Ermahnung ihrer Mitglieder, bei Arbeitsmangel vor Entlassungen Kurzarbeit anzuordnen, und auf unsere Forderung der Neuregelung der Lehrlingsskala wollten sie so entgegenkommend sein, auf ein Jahr nur 60 Proz. der zulässigen Lehrlinge einzustellen. Diese weiße Salbe war in der Tat anscheinend keine Verhöhnung. Es ist eben wie es schon immer war: Wenn zwei dasselbe tun, ist es noch lange nicht dasselbe.

Trotzdem waren die Gehilfenvertreter noch immer bereit, wenn irgend möglich, in freier Verhandlung zu einem Ergebnis zu

kommen. Sie erhöhten deshalb jede Staffel des angebotenen Lohnabbaues um 1 Mk. Aber auch dieses Angebot genügte den Unternehmern nicht, obwohl hinzugefügt worden war, daß alle Löhne bis 50 Mk. um 1 Mk. gekürzt werden könnten. Sie bestanden auf einen allgemeinen achtprozentigen Lohnabbau, der ihnen von den Gehilfenvertretern unmöglich zugebilligt werden konnte, zumal trotzdem noch eine Beschränkung der Feiertagsbezahlung offen blieb. So mußte es kommen wie es gekommen ist: Die Verhandlungen zerplatzten!

Ob nun der weitere Weg vom Nollendorfplatz zum RAM. in der Berliner Scharnhorststraße geht, bleibt abzuwarten. Die Unternehmer haben angedeutet, daß sie wahrscheinlich diesen Weg gehen werden. Sie haben aber auch viel von einer außerordentlich großen Tarifmüdigkeit ihrer Mitglieder geredet und erzählt, daß der bis jetzt gültige Tarif nur die Zustimmung der Unternehmer infolge eines eigenartigen Abstimmungsmodus in ihrer Organisation gefunden habe. Dem Kenner der Verhältnisse ist es schon länger bekannt, daß es im Organisationslager der Unternehmer zumört, und daß sich Stimmen bemerkbar gemacht haben, die glauben, ohne Tarif besser zu fahren.

Aber das alles kann die Gehilfenschaft nicht berühren. Die klare Sachlage ist so, daß die Tarifverhandlungen eine Basis zum Abschluß eines neuen Tarifes nicht gebracht haben und die Unternehmerkündigung des Tarifes läuft. Das heißt, daß am 31. Mai der Tarif erledigt ist; der Tarif läuft ab und eine tariflose Zeit beginnt. So sehr die Gehilfenschaft für ein tariflich geregeltes Arbeitsverhältnis eintritt, findet sie sich aber ebensogut mit einer tariflosen Zeit ab, wenn der bisherige Vertragspartner Bedingungen stellt, die schlechterdings nicht erfüllbar sind. Da nicht anzunehmen ist, daß die Unternehmer nach Ablauf des Tarifes stillschweigend auf ihre Forderungen verzichten, ist mit allerhand zu rechnen. Wie die Fama erzählt, sollen einige Unternehmer mit dem Gedanken örtlicher oder bezirklicher Abmachungen schwanger gehen, selbstverständlich mit der Absicht verbunden, auf diesem Wege zu erreichen, was bisher nicht erreichbar war. Daß die Gehilfenschaft nicht auf solche Leimruten kriecht, versteht sich am Rande! Wenn wieder ein Tarif abgeschlossen werden soll, dann muß es schon ein Reichstarif sein. Anders kann und darf es nicht sein, wenn die Kollegen sich nicht das Feil über die Ohren ziehen lassen wollen. Daraus ergibt sich: *Weder die Kollegen, noch der Vertrauensmann, noch der Betriebsrat hat irgendwelche Verhandlungen zu führen oder Abmachungen zu treffen.* Was zu

tun ist, wird vom Mitgliedschaftsvorstand im Verein mit Gauvorstand und Verbandsvorstand beschlossen. Und nach diesem Beschluß wird gehandelt! Wer etwas anderes tut, verletzt nicht nur die Disziplin, sondern auch die Interessen der Kollegen. Das möge jeder Kollege jederzeit bedenken. Die Stärke unserer Organisation, die einen prominenten Unternehmensvertreter zu der Außerung verleitet, daß es für das Gewerbe besser gewesen wäre, wenn die Gehilfenorganisation nicht stark gewesen wäre, beruht in der Hauptsache in der bisher geübten Disziplin. Diese Disziplin, d. h. die Stärke der Organisation, brauchen die Kollegen nötiger denn je. Darum noch einmal als Schlußfolgerung aus den gescheiterten Tarifverhandlungen:

Kein Kollege, kein Vertrauensmann und Betriebsrat hat irgendwelche Abmachungen zu treffen. Die Entscheidung liegt beim Mitgliedschafts-, Gau- und Verbandsvorstand!

Übt Disziplin!

Krisenverschärfung durch Lohnabbau

Die Unternehmer, die stets für niedrige Löhne sind, finden Helfer in nicht geringer Zahl in Vertretern der nationalökonomischen Wissenschaft, die sich für die Lohnabbauwünsche der Unternehmer einsetzen. Diese Wissenschaftler bedienen sich gewöhnlich einer außerordentlich einfachen Theorie über die richtige Lohnhöhe, die noch vom berühmten Nationalökonom Ricardo stammt. Als „richtig“ bezeichnen wir die Lohnhöhe, die die größte Beschäftigung gewährleistet und die Entwicklung der Wirtschaft am meisten fördert. Nun sei die Beschäftigung nach dem Urteil dieser Theorie unmittelbar abhängig von der Lohnhöhe. Je niedriger der Lohn, um so mehr steigt die Nachfrage nach Arbeit, um so mehr Arbeiter werden von den Unternehmern eingestellt. Die Abwandlung dieses Gedankens ist die Behauptung, Arbeitslosigkeit sei ein Zeichen dafür, daß die Löhne überhöht sind und folglich muß der Lohn gesenkt werden, wenn die Arbeitslosigkeit behoben werden soll. In derselben Richtung liegt auch die weitere Behauptung: hoher Zinsfuß deute auf einen Kapitalmangel hin, der nur durch entsprechende Lohnsenkung beseitigt werden kann.

In einer kürzlich veröffentlichten, höchst bedeutungsvollen Arbeit wird diese wirklichkeitsfremde, der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung völlig widersprechende Lehre von Prof. Emil Lederer in glänzender theoretischer Darstellung widerlegt (Wirkungen des Lohnabbaus. Ein Vortrag. Erschienen im Verlag von J. C. B. Mohr, Tübingen). Seine Aufgabe war nicht leicht, da die erwähnte Theorie, so falsch sie auch ist, den Vorzug der Einfachheit hat, und daher leicht Eindruck machen kann, während die sorgfältige Untersuchung der wirtschaftlichen Tatbestände und ihrer Veränderungen ein außerordentlich verwinkeltes Bild bietet. Doch beginnt Prof. Lederer mit Recht seine Feststellungen mit der Ablehnung jener vereinfachten Betrachtungsweise, und betont, daß wir heute mit den „elementaren Versatzstücken der Ricardianischen Büchse nicht mehr das Auslangen finden können“. In der Tat kann eine Theorie, die aus einer Zeit der freien Konkurrenz stammt, nicht ohne weiteres auf die ganz anderen Verhältnisse im gegenwärtigen Abschnitt der kapitalistischen Entwicklung, die durch das Vordringen des Monopolkapitals und durch einen außerordentlich raschen technischen Fortschritt gekennzeichnet ist, angewendet werden. Dem gegenüber gelangt Lederer zu seinen wichtigen Ergebnissen, die durchweg gegen den Lohnabbau in einer Wirtschaftskrise überhaupt, in der gegenwärtigen Krise noch ganz besonders sprechen, mit den Untersuchungsmethoden einer verfeinerten Theorie, die immer wirklichkeitsnahe bleibt, da sie den Aufbau der gegenwärtigen Wirtschaft und deren Veränderungen stets vor Augen behält. Es ist uns nicht möglich, seine Gedankengänge auf knappen Raum getreulich nachzuzeichnen und so müssen wir uns begnügen — mehr oder weniger im Widerspruch zum Geiste dieser Arbeit —, sie in großen Zügen zu schildern.

Lederer beginnt mit der Untersuchung des Gleichgewichtslohnes, d. h. der Lohnhöhe, die die größte Beschäftigung sichert und weist zunächst auf die Bedeutung der saisonmäßigen Arbeitslosigkeit und des technischen Fortschritts hin, die die Nachfrage nach Arbeitskraft im weiten Umfang von der Lohnhöhe unabhängig machen. Er zeigt dann, daß eine solche Lohnsenkung, sollte sie dennoch zur Aufsaugung der Arbeitslosen führen, eine enorme Steigerung der Produktionsmittelherzeugung zur Folge haben müßte, wobei diese Umschaltung unter Umständen noch größere Störungen in der Zukunft vorbereiten könnte. Er

schildert die Schwierigkeiten eines solchen Umschichtungsprozesses, die die Herstellung eines Gleichgewichtszustandes sehr fraglich machen müßte und zeigt im Anschluß daran, daß der Lohn wirtschaftlich auch zu niedrig sein kann. Weiter führte er die Unhaltbarkeit der Behauptung vor Augen, daß hohe Arbeitslosigkeit schon ein Zeichen überhöhter Löhne sei und daß vom hohen Kapitalzins schon auf Überhöhung der Löhne gefolgert werden könne.

Die Arbeitslosigkeit hat eben andere Ursachen als die Lohnhöhe. Die ungarischen, italienischen, japanischen, chinesischen Löhne sind niedrig, ohne daß die Arbeitslosigkeit dadurch verhindert wird. Der kapitalistische Produktionsprozeß erzeugt Konjunkturen und Krisen ohne Rücksicht auf die Lohnhöhe. Es wird dann gezeigt, daß, so wenig der überhöhte Lohn für die Entstehung der Krise verantwortlich ist, so wenig ein Druck auf die Löhne die Krise heilen kann.

Eine weitere Ursache der Arbeitslosigkeit ist neben der Wellenbewegung der kapitalistischen Wirtschaft im Auf und Ab der Konjunktur und Krise der technische Fortschritt, der Arbeitskräfte freisetzt. Deren Unterbringung in den Produktionsprozeß nimmt selbst unter günstigen Verhältnissen lange Zeit in Anspruch. Die Arbeitslosigkeit, die dann entsteht, ist nun nicht die Folge der Lohnerhöhung, sondern im Gegenteil, der steigenden Arbeitsproduktivität. Die Behauptung, die Einführung von arbeitsparenden Maschinen sei die Folge von überhöhten Löhnen, ist falsch. Werden arbeitsparende Maschinen eingeführt, so geschieht das selten deshalb, weil die Löhne zu hoch sind. Die großen technischen Neuerungen sind nicht unter dem Druck eines gewerkschaftlich überhöhten Lohnniveaus entstanden. So sei z. B. kein Lohnniveau denkbar, das die Durchsetzung des mechanischen Webstuhls, der mechanischen Spindel hindern könnte. „Hätte man die Futtermationen der Pferde und die Löhne der Kutscher so tief herabsetzen können, daß sie der Konkurrenz der Lokomotive hätten Widerstand leisten können?“ fragt Lederer. Und die Antwort: „Je größer die Wunder der Rationalisierung, um so sinnloser die Behauptung, daß der technische Fortschritt eine Funktion der Lohnhöhe sei.“ Die entscheidenden Veränderungen im technischen Prozeß der Gegenwart bedeuten eine solche Revolution, daß die Löhne bei vielen Wandlungen der Produktion keine Rolle spielen. Die Wirkung des technischen Fortschritts kann aber sein, und das wird an Hand einer feinen Untersuchung gezeigt, daß am Ende dieser Entwicklung infolge der Absatzschwierigkeiten, verschärft durch die Arbeitslosigkeit, die rationalisierte Produktion mit höheren Gestehtungskosten arbeitet als vorher ohne die technischen Neuerungen. Hier versagt die Selbststeuerung der Wirtschaft, die nach der herkömmlichen Theorie bei steigender Arbeitsproduktivität nur zur besseren Versorgung, nie aber zu Arbeitslosigkeit führen dürfte.

Diese Gedankengänge erfahren durch die Untersuchung der Verhältnisse unserer Tage ihre Bestätigung. Wir befinden uns in einer grundsätzlich anderen Lage — sagt Lederer — als in den früheren Phasen der kapitalistischen Wirtschaft. Die Wirtschaft ist in die Fesseln der Kartelle geschlagen, so daß heute, im Gegensatz zu früher, die Produktion nicht nur der lebensunfähigen Betriebe, sondern auch der Betriebe, wo die technische Leistungsfähigkeit am höchsten steht und die kapitalistische Basis am breitesten ist, stark eingeschränkt ist. Ja es können bei Einschränkung der Produktion die Verluste der besten Betriebe verhältnismäßig größer sein als die der schlechteren, weil bei den modernen Betrieben die Generalunkosten stärker ins Gewicht fallen. Gegenwärtig bedeutet daher Produktionseinschränkung nicht auch Kosteneinschränkung. Hält man nun an den hohen Preisen fest, so wird die Nachfrage verringert, dadurch werden die Kosten erhöht, was wieder höhere Preise erzwingt.

Wie wirkt nun in dieser Lage von heute der Lohnabbau? Wird als Wirkung der Lohnsenkung der Produktionsumfang steigen? Kann die Steigerung der Gewinne als Folge der Lohnsenkungen zur Erweiterung der Produktion führen? Können Lohnsenkungen, verbunden mit Preissenkungen, die Arbeitslosigkeit verringern? Der Hauptinhalt der Schrift von Lederer ist der Beantwortung dieser Fragen gewidmet. Wir müssen hier auf die Wiedergabe dieser Untersuchung, deren Ergebnisse eindeutig gegen den Lohnabbau sprechen, verzichten. Sie wurden nach sorgfältiger Prüfung der Nachfrageverhältnisse in den Produktions- und den Konsummittelindustrien und den Aussichten für die Zunahme der Anlagentätigkeit gewonnen. Nur die Feststellung sei hier herausgegriffen, daß Lohnsenkung heute zu einer Steigerung der Anlagen nur in geringem Umfang führen kann. Wenn aber die Beschäftigtenzahl durch Anlagentätigkeit nicht erhöht wird, und die Preise nicht sinken, so muß der Produktionsumfang einschrumpfen und die Lohnsenkung ist nur eine Kraft, welche die Depression vertieft.

Die Opfer, die Arbeiterschaft für die Sünden der kapitalistischen Wirtschaft zu tragen hat, werden von Lederer ins scharfe Licht gestellt. Seine Fragen lauten: „Warum sollte auf Kosten

der Arbeiter und Angestellten die falsche Wirkung der Monopolorganisationen ausgeglichen werden?“ „Soll eine Senkung der Löhne den Widersinn falscher Produktionslenkung sanieren?“ „Das heutige kapitalistische System arbeitet mit einer geradezu erschreckenden Verschwendung der Sparkapitalien, so daß es eine schwere Zustimmung an Arbeiter, Angestellte und Beamte ist, diese Fehldispositionen durch Senkung ihrer Einkommen wieder auszugleichen.“

Lohnabbau wird häufig auch mit Rücksicht auf die politische Lage gefordert, insbesondere soll er die Kapitalflucht eindämmen. Lederer betont in diesem Zusammenhang, daß gerade die politische Lage heute die Wirkung eines Lohnabbaus fragwürdig macht, — denn „sie verdirbt die Gesamtstimmung, in deren Folge Kapitalflucht und Kapitalentziehung und damit die Erhöhung der Arbeitslosenziffern drohen.“ Wir möchten noch die Schlusssätze der Arbeit von Professor Lederer festhalten, in welchen abschließend folgendes gesagt wird:

„Als Ergebnis unserer Überlegungen ergibt sich daher, daß in der deutschen Wirtschaft von heute Senkungen der Löhne weit davon entfernt sind, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern, das Leid der Wirtschaftskrise zu mildern, die Wiederkehr normaler Zustände herbeizuführen. Die Forderung nach Lohnsenkung entwirrt einem schematischen Bild der Gesamtwirtschaft, das nur als eine gefährliche Verzerrung der Wirklichkeit bezeichnet werden kann. Die moderne Wirtschaft leidet an den Folgen gefährlicher Strukturverschiebungen, unter denen — vom politischen Faktor abgesehen — die teilweisen Monopolorganisationen und das Tempo des technischen Fortschritts die wichtigsten sind. Die Wirkungen dieser Umformung können durch Lohnsenkung nicht korrigiert werden, — es ist heute schon unmöglich, auf den Rücken der Arbeiter und Angestellten das Gleichgewicht der kapitalistischen Entwicklung wieder herzustellen. Nur wenn wir die Probleme der ökonomischen Organisation entschlossen anpacken, werden wir wieder Raum für alle schaffen, die arbeiten wollen. Die primitive Vorstellung aber, man könne immer, wenn Arbeitslosigkeit herrscht, durch Herabsetzung der Löhne das Gleichgewicht wieder herstellen, gehört in die Rumpelkammer der Theorie.“ A. H.

Wider die Nazis

Die Bundeskörperschaften des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes, die schon wiederholt gegen die faschistische Durchsetzung der Beamtenschaft Stellung genommen haben, veröffentlichten folgende Kundgebung:

Die Feststellung des 4. Strafsenats des Reichsgerichts, daß mindestens Teile der NSDAP. auf gewaltsame Änderung der Verfassung des Deutschen Reiches hinarbeiten, um das „Dritte Reich“ zu errichten, bestätigt erneut, daß innerhalb dieser Partei die Vorbereitung des Hochverrats betrieben wird. Die NSDAP. hat ihre Feindschaft gegen die demokratische Republik nicht nur in Wort und Schrift, sondern auch durch ihr praktisches Verhalten bewiesen. Es ist daher mit den Pflichten des auf die republikanische Staatsverfassung vereidigten Beamten unvereinbar, die Ziele der NSDAP. zu unterstützen.

Die NSDAP. ist Anhängerin der faschistischen Diktatur und damit Gegnerin aller fortschrittlichen und freiheitlichen Bestrebungen der Beamtenschaft. Die Diktatur, die keine wohlverordneten Rechte und kein demokratisches Mitbestimmungsrecht kennt, liefert damit die Beamten der Willkürherrschaft aus. Wo die NSDAP. bisher zur Macht gelangte, stützte sie sich auf die Kräfte, die in unverhüllter Form die Interessen des Finanzkapitals, der Schwerindustrie und der Großlandwirtschaft vertreten. Was die Beamtenschaft von dieser Seite zu erwarten hat, zeigt die beamtenpolitische Praxis in Thüringen, Braunschweig, Danzig usw. Wer das Berufsbeamtentum mit seinen sozialen Sicherungen schützen will, muß den faschistischen Strömungen in der Beamtenschaft energisch entgegenreten und in Erfüllung seines Treueides unerschütterlich zur deutschen Republik stehen.

Die NSDAP. weiß, daß ihr empfindlichster Gegner die freien Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sind. Sie versucht daher, durch Errichtung nationalsozialistischer Zellen in den Betrieben und Behörden die Gewerkschaften zu schwächen, das Vertrauen der Mitgliedschaft zur Führung zu zerstören, um dann allmählich zu faschistisch geleiteten Organisationen zu gelangen. Damit wären die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Willkürherrschaft des monopolistischen Großkapitals schutzlos ausgesetzt, das in der faschistischen Diktatur die letzte Hoffnung für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Profitwirtschaft erblickt.

Wer die Bestrebungen der NSDAP. unterstützt, verstößt gegen die Idee und das Programm des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes und stellt sich daher außerhalb der freigewerkschaftlichen Bewegung. Pflicht aller freigewerkschaftlichen Beamten ist es, die Abwehrfront aller aufrechten Republikaner gegen den Faschismus mit allen Mitteln zu stärken.

VERBAND UND BERUF

Das Vervielfältigungsgewerbe in der Berufsberatung

Die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung bei den Arbeitsämtern ist im Geschäftsjahr 1929/30 infolge der Wirtschaftskrise besonders stark in Anspruch genommen worden. Nicht allen Ratsuchenden konnte eine offene Stelle nachgewiesen werden, in vielen Berufen, besonders bei den Buchdruckern, Schriftsetzern und Steindruckern standen dem starken Angebot nur wenig offene Stellen gegenüber. Insgesamt wurden die Einrichtungen der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung von 227 000 männlichen und 172 000 weiblichen Ratsuchenden in Anspruch genommen. Offene Stellen waren für männliche 137 000, für weibliche 60 000 gemeldet, und vermittelt wurden 87 200 männliche und 46 600 weibliche Personen. Im Vervielfältigungsgewerbe standen 9900 Ratsuchenden 4400 offene Stellen gegenüber, und 3960 wurden vermittelt. Auf die einzelnen Berufe verteilen sich diese wie folgt:

männliche	Ratsuchende	offene Stellen	Vermittelte
Buchdrucker . . .	5834	1430	1306
Schriftsetzer . . .	3636	1774	1692
Schweizerdegen . .	210	150	136
Steindr. u. Lithogr.	925	384	321
Chemigraphen . . .	311	110	104
Photographen . . .	205	149	84
Sonstige Berufe . .	146	110	89
weibliche			
Anlegerinnen . . .	364	184	149
Photographinnen .	191	101	56
Sonstige Berufe . .	62	35	23

Bei den Buchdruckern, Photographen, Steindruckern und Lithographen wurden nur wenig mehr als ein Drittel der Ratsuchenden vermittelt. Bei den Schriftsetzern nicht ganz die Hälfte. E. N.

Saisonarbeiter gesucht!

Den „Mitteilungen für die Mitgliedschaft Leipzig“ entnehmen wir folgende, zur Gestaltung unseres Arbeitsverhältnisses Bände sprechende Notiz:

„Die Überschrift verführt zu der Deutung, daß sich das Angebot an landwirtschaftliche Arbeiter wendet. Also an Schnitter, Rübenverzieher, Großknechte usw. Weit gefehlt. Eine graphische Anstalt am Ort war so voller Wertschätzung für unseren Beruf und seine Angehörigen, daß sie einen Arbeitslosen auf der Zuweisungskarte handschriftlich bescheinigte: „Für Saisonarbeit angenommen“. — Soweit haben wir es nun glücklich gebracht. Im übrigen hat diese Firma nur etwas klötzig ausgesprochen, was schon seit Jahren in Übung ist, denn der größte Teil unserer Arbeitslosen ist tatsächlich schon längst Gelegenheitsarbeiter geworden und der von der vornehmen Firma gewählte Ausdruck: „Saisonarbeiter“ geht nicht weit an der Wahrheit vorbei. Wir wissen es, daß man das „Stammpersonal“ so klein wie nur möglich bemüht und bei Arbeitsanfall dann mit „Aushilfen“ die Termine zu meistern versucht. Wir wissen auch, daß Normalarbeitszeit, Kurzarbeit, Überstunden, Betriebsstilllegung und Schichtarbeit in rascher Aufeinanderfolge wechseln und bewerten das als Ausdruck dafür, das geschäftliche Hauptrisiko auf den Arbeiter und hauptsächlich auf den Arbeitslosen abzuwälzen. Ferner wissen wir, daß auch ein Teil der eingewiesenen Betriebskollegen, daß sich die Jubiläumsanwärter mit dieser Tatsache abgefunden haben, ohne zu bedenken, was für Schaden sie der kollegialen Sache zufügen. Sie denken auch nicht daran, daß sie morgen zu denen gehören können, die als zu alt oder überflüssig bewertet werden und die dann auch zur Armee der Gelegenheits- und „Saisonarbeiter“ stoßen, um deren Schicksal zu teilen. Sie merken auch meistens nicht, daß sie durch ihr williges Tun der verfaulten kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Millionen von Menschen bei vollen Scheuern verhungern läßt, vor ihrem schon überfälligen Abgang, noch die Steigbügel halten. Denkt auch daran, ihr Betriebskollegen, was man euch als Entgelt für die beispiellose Terminhete, der ihr täglich unterworfen seid, zu bieten gedenkt. Lohnabbau um 15 Proz., Wegfall von mehr als ein Drittel der bisher bezahlten Feiertage, Verschlechterung der Ferien, Aufhebung des Achtstundentags und tägliches Arbeitszeitdiktat durch den Unternehmer. Seht euch doch die „berechtigten“ Abänderungsanträge der Unternehmer zu den Tarifverhandlungen an! Das ist der Vernichtungswille in Reinkultur!! Von dieser Seite habt ihr gar nichts zu erhoffen. Haltet mit den Arbeitslosen, mit den als Saisonarbeiter beschimpften Arbeitskollegen von gestern und bekämpft mit ihnen dieses verfluchte System mit Energie und Ausdauer wo und wann ihr nur könnt. Bringt diesem System und seinen Betrieben die gleiche Passivität entgegen, die es euch und euren Interessen kaltschnäuzig entgegenbringt! Auf einen Schelm an derthalben!“

Dumm, aber stark

Wenn der Tag lang ist, wird viel geredet. Verhandlungsstage, die dem Abschluß eines neuen Tarifes für die Kollegenschaft und für das Gewerbe dienen sollen, sind immer besonders lang. Ein solcher Verhandlungsstag währt nicht selten 36 Stunden. Kein Wunder deshalb, daß an solchem Tage besonders viel geredet wird. Dabei hört man auch manches, das der besonderen Erwähnung wert ist. So war es auch bei den Verhandlungen Anfang Mai. Behauptete doch ein prominenter Unternehmensvertreter: *Wenn die Gehilfenorganisation nicht so stark gewesen wäre, wäre es für das Gewerbe besser gewesen.* Er wollte damit sagen, daß bei einer weniger starken Organisation als unser Verband, der Lohnabbau schon im vorigen Jahre Tatsache geworden und das Gewerbe dann nicht in diese schwere Krise geraten wäre. Ähnliche, den Gehilfen und den Gehilfenvertretern jede volkswirtschaftliche Kenntnis absprechende Urteile sind von den Unternehmern, die sich als Wirtschaftsführer fühlen, noch mehr abgegeben worden. Legen wir das zu den vielen anderen Unternehmerüberheblichkeiten. Aber das Eingeständnis, daß unser Verband eine starke Organisation ist, möge jedem Kollegen stets gegenwärtig sein. Diese Stärke unserer Organisation liegt in der Einheit und der Geschlossenheit der Kollegen, ihrer Opferfreudigkeit, Solidarität und Disziplin und in der richtigen Beurteilung der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft. Mögen die Unternehmer ruhig an unsern volkswirtschaftlichen Kenntnissen zweifeln: Erhalten euch eure starke Organisation! Dann schadet es keinem Kollegen etwas, wenn die Unternehmer mit anderen Worten unsere Organisation so beurteilen: Dumm, aber stark.

Zur Verbandstagsausprache

Unsere Verbandsleitung und „Gr. Pr.“ haben gemäß der Beschlüsse des Verbandstages zu handeln. Da der letzte Verbandstag in weltanschaulich-politischer Hinsicht subtil verlaufen ist und auch sonst sich keine „nennenswerte Opposition“ zeigte bzw. nicht aufkommen konnte, wurde in der Zwischenzeit von unserem Organ fast jede Diskussionsmöglichkeit obiger Art ausgeschaltet und alles auf gewerkschaftspolitische Sachlichkeit eingestellt. Ist diese Sachlichkeit jedoch in einer reinen Form vorhanden? Wenn nicht, was folgt daraus?

Unser Verband ist nicht nach politisch-neutralen Gesichtspunkten eingestellt, kann es nicht sein. Wir flechten Politisches, und zwar nach sozialdemokratischer Orientierung mit ein, weil letztere Partei „am besten die Gewerkschaftsinteressen vertritt“. Demnach schaltet die „Gr. Pr.“ alles aus, was dem zuwiderläuft. Aus meinen weiteren Ausführungen wäre nun zu entnehmen, ob nicht eine kleine Änderung des genannten summarischen Verfahrens angebracht erscheint oder dessen Ausschließlichkeit auch fürder gelten soll.

Die überspannte Auffassung von Demokratie als unbedingter Herrschaft der Mehrheit, hat die Kritik von der „Majorisierung der Minoritäten“ eingebracht. Dieser Auffassung von Demokratie steht die gemilderte gegenüber, wonach mehr Rücksicht auf die Letzteren genommen wird. Im Hinblick auf unsere demokratische Verbandsverfassung (betrachtet als im letztgenannten Sinne) und deren Konsequenzen, dürften auch politisch neutrale, ja politische Haltungen von Teilen unserer Berufskollegenschaft in der Presse zum Wort kommen, die mehr oder weniger von der sozialdemokratischen Einstellung bzw. von Majoritätsbeschlüssen innerhalb unseres Verbandes abweichen. Gewiß würde dem anerkannt geistigen Niveau der „Gr. Pr.“ wenig Eintrag geschehen durch den lebendigen Schwung und die Anregung, die Diskussionsartikel auslösen. Ja man kann sagen, daß einem Gewerkschaftsblatt auf die Dauer etwas zu Fertiges, Festes und Abgeschlossenes anhaftet, wenn es keine Einwände und Gegenäußerungen obiger Art mehr zuläßt. So fehlt eine intime Erörterungs- und Verbindungsmöglichkeit von Teilmeinungen, wo andernfalls vielleicht durch eine solche noch eine Ansichtklärung im engeren oder weiteren Sinne gegeben wäre. Hierher gehörten u. a. auch ausgiebigere Versammlungsberichte mit Einflechtung der oppositionellen Kritik und Gegenkritik.

Ich höre bei meinem Vorschlag schon den Einwand: zur Erörterung, Austragung und Klärung von Teilmeinungen und Meinungsverschiedenheiten sind die Versammlungen da, werden Goutage abgehalten und wird alle drei Jahre der Verbandstag berufen; Demokratie und Diskussionsmöglichkeit übergenug! Zu allem die Dreieinigkeit der Verbandsleitung; des Verbandsvorstandes (des Vaters), des Verbandsausschusses (des Sohnes) und des Verbandsbeirats (des heiligen Geistes); und diese drei sind eins! Warum sollte es demnach die Kollegenschaft nicht sein?

Gerade weil letzteres nicht ganz zutrifft, dürfte ein ebenfalls wichtiger Missionsbeauftragter, nämlich der Geist in der „Gr. Pr.“ in etwas mehr loyaler Weise zur Geltung kommen. Denn allzu leicht wird durch den weiten Blick aus der Höhe eines allgemeinen Wissens- und Bildungsniveaus unseres Organs das Neben- und Kleinwichtige des Besonderen (der Minderheiten) vernachlässigt. So gewinnt man bei der „Presse“-Lektüre das Jahr hindurch (hauptsächlich wenn man das Glück anregender Großstadtkollegenversammlungen entbehrt) den Nebeneindruck, als ob unser Verbandsleben, (abgesehen von der Kampfhaltung den Unternehmern gegenüber) die große Synthese aller gegensätzlichen Welt- und Politikanschauungen innerhalb unseres Verbandes einschließt, und daß sich ein solider Burgfrieden einnistete, der in diesem Ausmaß fast ein Zeichen innerer geistiger Stagnation bedeutete: Und dies in einer Zeit, wo der innere Kampf in der Arbeiterschaft in vollem Gange ist, wie nie zuvor. (Ich beziehe diese Sätze allein auf den scheinbaren Mangel jeglichen Geisterstreits in unseren Reihen, soweit ein vorhandener auch in der „Gr. Pr.“ — wenn auch nur brockenweise — seinen Ausdruck finden sollte.)

So ist unsere innere Ausgeglichenheit nur scheinbar (leider, Gott sei Dank), eine fiktive Angelegenheit, gewollt durch eine kluge und wohlmeinende Verbandsleitung, ist eine gelinde Zwangsmaßnahme und Zensur einrichtung im Interesse des Ganzen. Wir geben damit das Bild einer gleichartigen Sinnes- und Tateinheitlichkeit. Wohl: aber ich frage, führt diese fiktive Tatsache auf der anderen Seite nicht zu einer bloßen Form-Wirklichkeit, im Extrem zu einer „Über“-Ordnung, womit eine gewisse Art von Unterordnung verbunden ist?

Zu diesem kommt, daß neben einer Zentralisierung aller wirtschafts-taktischen Maßnahmen eine solche der (partei-)politischen Stellungnahmen der Verbände im ADGB. vor sich geht (Wahlaufruf), was gewiß der freien demokratischen Meinungsäußerung der Minderheiten, soweit sie in der „Gr. Pr.“ nicht zugelassen wird, Einbuße tut. Wir werden so allmählich von Gliedern eines Verbandes zu Gliedern am Bande; aus dem Zentral-Schematischen würde bald das Dogmatische in der geistigen Haltung. Das mag alles Übertreibung sein, aber sie will diese Dinge besonders herausstellen in der neutral-lauteren Absicht der Herausarbeitung einer Gegenwirkung in Form von Zugeständnissen an anderen Stellen, wodurch eine Milderung, ein Ausgleich des notwendig gewordenen Strengen und Zwangvollen einträte, bzw. Einseitigkeiten paralisiert würden.

Mit einer freien Äußerungs- und Diskussionsmöglichkeit bei gelegentlichen Anlässen aktueller oder prinzipieller Art in der „Gr. Pr.“ würde die, wenn auch bis heute nur im kleinsten vorhandene Zerkülfungsgefahr, die andernfalls unter der Oberfläche weiterwühlt, in etwas aufgefangen; gewiß für die Gewerkschaft die kleinere Gefahr. Nicht etwa, um den üblichen parteipolitischen Debatten Unentwegter und ultradiskalärer Elemente einen Platz in der „Presse“ einzuräumen, als vielmehr von edelster Absicht getragene Für und Wider in den auch die Gewerkschaft angehenden politischen Dingen den Mitgliedern vorzutragen und gegenüber zu stellen, sei der Zweck der Übung. Daraus ergäbe sich, namentlich für die jüngeren Kollegen, eine Grundlage, aus eigenem Urteil, das für die Gewerkschaft Wichtigere und Richtiger herauszufinden. Wer Instinkt hat, der wittert für die Zukunft der Gewerkschaft gerade hierin eine von der nachwachsenden Kollegenschaft ausgehende gewisse Verselbständigung und damit verbundene, nicht abflauende, sondern wachsende Oppositionskräfte. Diesen auch in der „Presse“ ein Ventil zu öffnen, könnte nur klug gehandelt sein.

Allerdings wird es die Schwierigkeit sein, mit diplomatischem Fingerspitzengefühl die Grenzen solcher Freiheiten abzustecken. Aber das ist ja gerade der Kernpunkt meiner Ausführungen: Das demokratische Vorrecht, das die Majorität in der „Presse“ zu Recht genießt, auch hier auf die Kampf- und Verteidigungsprobe zu stellen und damit zugleich für die Minorität und Oppositionskräfte das Kampffeld zu schaffen, sich das rechtmäßige Plätzchen an der Sonne zu erobern.

Doch halt, wozu auf die Zukunft bauen? Carpe diem, heute den Tag, nütze die Stunde der Verbandstagsausprache! Die Verbandstagsausprache gibt uns allen, die was auf dem Herzen haben, Gelegenheit, sogleich eine Probe aufs Exempel zu machen. Schließlich kommt nicht jeder von uns Oppositionellen nach Magdeburg. Federheldentum ersetzt auch Maulgewaltigkeit. Die „Gr. Pr.“ soll in den wenigen Wochen vor dem Verbandstag wenigstens der adäquate Ausdruck der Stimmung in unseren Kreisen sein. Leisten wir Vorarbeit auf die kommende *nennenswerte Opposition*, im Interesse unseres Verbandes.

Adolf Blum.

Gewerkschaftliche Bildung als Zweckbildung

Der Leiter der Bernauer Gewerkschaftsschule zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit

Die Anregung zu diesen Ausführungen stammt aus einem vierwöchentlichen Funktionskursus, den die graphischen Berufe (Buchdrucker, Stein-drucker und Lithographen, Buchbinder und graphische Hilfsarbeiter) vom 29. März bis 24. April dieses Jahres in der Bundesschule Bernau veranstaltet haben. Es ist ohne weiteres zu begreifen, daß ein Kreis von aktiven Männern und Frauen die gesteckten Bildungsziele nicht übernimmt, ohne im Laufe der Zeit Stellung dazu zu nehmen. Eine solche Stellungnahme ist für den Lehrkörper überaus wertvoll. Sie bietet Gelegenheit, die Schulungsarbeit zu einem bewußten Erlebnis zu gestalten, und die Anstrengungen der Schüler durch das Gefühl zu steigern, daß die Arbeit, die sie tun, richtig und Erfolg versprechend ist.

Aus diesem Grunde finden im Laufe der Kurse immer wieder Erörterungen über die bisherigen Eindrücke statt. Mitunter entspringen sie einem Bedürfnis der Dozenten, die im Unterricht auf innere Schwierigkeiten stoßen, mitunter einer Anregung der Obleute, es kommt aber auch vor, daß die kritische Einstellung einzelner, die von den Kursen etwas anderes erwartet haben, als sie erhalten, Anlaß ist, den Lehrplan und die erstrebten Bildungsziele zu begründen. Diskussionen, die auf diese Weise entstehen, haben nicht nur Wert für unsere praktische Arbeit, sie ziehen sehr oft weitere Kreise und können deshalb wertvolle Beiträge zur Erwachsenenbildung liefern.

Die Frage nach dem Zweck der Bildungsarbeit in Bernau wurde in diesem Falle von einem Schüler angeregt, der nicht in erster Linie eine Einführung in die Gebiete der Wirtschaft, der Sozialpolitik und des Rechtes wünschte, sondern der sich von der Frage leiten ließ, was seine Kollegen von ihm erwarten, wenn er zurückkommt. Er ging von dem brennenden Problem unserer Zeit, von dem Arbeitslosenproblem aus. Er wollte keine allgemeine Einführung in die Grundfragen der Wirtschaft und Sozialpolitik, auch keine Menge von Kenntnissen auf dem Gebiete des Sozialrechts, sondern die stärkste Konzentration auf das entscheidende Problem, das unser ganzes öffentliches Leben überschattet. Er erhoffte von der Behandlung dieses Problems mehr als eine Darstellung der Ursachen, er erwartete ganz bestimmte eindeutige und überzeugende Wege aus der Krise. Dieser Zweck seines Bildungsverlangens war das Dominierende bei seinen Überlegungen und der Maßstab für die Beurteilung des Erfolges unserer Arbeit in Bernau.

Auch wenn es sich hier nur um die Einstellung eines einzelnen handelt, unterlassen wir es nicht, darauf einzugehen, zumal sie uns Gelegenheit gab, das Arbeitslosenproblem als schulische Aufgabe im besonderen und die gewerkschaftliche Bildung als Zweckbildung im allgemeinen eingehender darzulegen.

Es braucht zunächst nicht besonders erwähnt zu werden, daß eine so brennende Frage, wie die Arbeitslosenfrage, auch im Unterricht in Bernau nicht unberücksichtigt bleibt. Eine Gewerkschaftsschule hat einen viel zu engen Kontakt mit den aktuellen Ereignissen, als daß nicht jeder Lehrer darauf zu sprechen käme. Außerdem sieht der Lehrplan eine Reihe von Stunden vor, die sich mit der Wirtschaftskrise, mit dem Arbeitsmarkt und mit sozialen Fragen in Verbindung damit eingehend befassen. Wir haben auch Männer genug zur Verfügung, die auf solchen Gebieten Bedeutendes zu sagen haben. Aber so wertvoll ihre Ausführungen sein mögen, sie genügen dem nicht, der sich bei seinen Studien von der praktischen Überlegung leiten läßt, was er antworten soll, wenn er in seinen Wirkungskreis zurückkehrt und seine Kollegen mit den Worten an ihn herantreten: Du warst jetzt in Bernau, nun sage uns, was los ist! Sie genügt dem nicht, und kann dem nicht genügen, der letzte Antworten und eindeutige Wege eines aktiven Vorgehens erfahren will. Ob wir uns nur einige Stunden oder ganze Wochen mit dem Arbeitslosenproblem befassen, immer werden wir auf die Schwierigkeit stoßen, daß

Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik uns nur Lösungen aufzeigen können, die unter bestimmten Voraussetzungen möglich sind. Zwar gibt es eine Menge von plausiblen Erklärungen für einzelne Erscheinungen. Es gibt auch grundlegende Theorien für die ganze Lage, die von Sozialisten wie Lederer, Hermsberg, Tarnow, Naphtali oder Braunthal vertreten werden und von uns im ganzen genommen als unsere Überzeugung zur Darstellung gelangen. Wir geben diesen Männern oft Gelegenheit, selbst zu unseren Schülern zu sprechen, aber eindeutige Antworten über die Wege aus der Krise sind auch dadurch noch nicht gegeben. Es bleiben Unsicherheiten in der Erkenntnis, es bleiben vor allem Grenzen in unserer Macht, die den enttäuschen, der sich einfach gläubig an die Vertreter der Wissenschaft und an führende Wirtschaftspolitiker wendet, um Auskunft über eine Änderung der Lage zu erhalten. Sie enttäuschen ihn durch ihr Taten in dem Augenblick um so mehr, als er, durch den Kursus von der praktischen Arbeit befreit, zur Schule berufen und damit nach seiner Meinung zum letzten Wissen um die schwierigsten Fragen ausersehen ist.

Es handelt sich, wie wir betont haben, um die Meinung eines einzelnen. Andere Schüler sind bereits durch Bildungseinrichtungen hindurchgegangen oder durch eigene Weiterarbeit so weit gefördert, daß sie wissen, was man erwarten kann und was nicht. Oft äußert sich die Enttäuschung eines Schülers nicht so ausgesprochen, sondern mehr als Unbehagen, als Mißstimmung, für die er keinen besonderen Grund hat. Treten solche Stimmungen auf, ist es eine der wichtigsten Aufgaben der Lehrer, sie nicht zur Skepsis sinken zu lassen, sondern durch Zweifel hindurch zu einer richtigen Einschätzung der Bildungsarbeit, wie aber auch der Möglichkeiten von Wissenschaft und Politik zu gelangen. Auf welche Weise, das wird immer die Aufgabe eines wirklichen Pädagogen sein. Wir widmen der Stimmung dieses einzelnen darum so viel Zeit, weil viele Kreise im Lande ähnliche Meinungen haben und in gleicher Weise enttäuscht sind, wenn Wissenschaftler, Gewerkschafter und Partei in schwerer Zeit letzten Endes nicht das Vermögen, was sie erwarten.

Ein richtiger Arbeiterbildner wird zunächst eine zweckhafte Einstellung, wie sie hier geschildert worden ist, durchaus nicht als etwas Unmögliches abtun. Er wird sie zu begreifen versuchen. Der Funktionär ist ein Kind unserer Epoche. Er wird nicht nur durch seine sozialen Funktionen von allen Adern der Wirtschaft und Politik erfaßt, er steht auch unter dem Einfluß der geistigen Kräfte, die sich in unserer Zeit auswirken. Das ökonomische Prinzip, das unsere ganze Industrie durchdringt, beherrscht auch den Funktionär. Er will mit seinem Wissen etwas anfangen, er will in Zeiten großer Not Großes fertig bringen. Die Welt der Wissenschaft, die Kenntnisse vermitteln will, die Erkenntnisse erstrebt und sich bereits schon freut, bestimmte Zusammenhänge festgestellt zu haben, ist nicht die Welt des Gewerkschafters. Seine Welt ist durch das Zeitalter der Technik bestimmt, die sich Ziele setzt, die Konstruktives leistet, die in der Praxis Brauchbares schaffen will und die sich darum am Nutzeffekt orientiert. Es muß unumwunden zugegeben werden, daß deshalb das Verlangen nach praktischer Auswertung der Schulungsarbeit befriedigt werden muß, daß die Bildung an der Bundesschule Zweckbildung sein muß. Aber es gibt nun Stufen der Zweckhaftigkeit.

Es ist die einfachste Stufe, wenn wir Schulungsarbeit wie eine Befehlsausgabe auffassen oder, um ein Bild aus dem Kursus zu gebrauchen, wie die Konsultation eines Arztes in Krankheitsfällen, der nach kürzerer oder längerer Untersuchung sein Rezept schreibt und die nächste Apotheke bezeichnet, in der die Mittel zur Überwindung verabfolgt werden. Eine solche Auffassung von unserer Arbeit würde im Gefolge haben, daß bei jeder neuen Schwierigkeit im Wirt-

schaftsleben neue Kurse erforderlich würden, so daß also die Konsultation durch neue Besuche in Bernau sich immer wieder notwendig macht.

Nun sollte uns schon der Vergleich vorsichtig machen. Auch ist die Diagnose des Arztes und die verabfolgte Arznei nicht immer etwas sicheres, auch die Kunst des Arztes unläuter der Zweifel. Dieser Zweifel muß um so größer sein, als es sich bei unserer Arbeit um einen ganzen Volkskörper, um große soziale Schichten, um Millionen von Arbeitslosen handelt. Im Falle einer solchen internationalen Wirtschaftskrise genügen einerseits unsere Kenntnisse der Nationalökonomie nicht mehr, und müssen andererseits auch die Kräfte einzelner oder ganzer Gruppen im Hinblick auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen versagen. Das muß ausgesprochen werden, ohne daß uns diese Erkenntnis zu einem unartigen Pessimismus zu verleiten braucht. Im Gegenteil zwingt sie uns zu einer gewissenhaften Betrachtung aller Faktoren und verpflichtet uns zu einer unaufhörlichen Anspannung auf allen Gebieten der Wirtschaft und Politik. Zu dem Zweck ist dann auch alles wertvoll, was wir an Schulungsarbeit leisten, eine Darstellung der Entwicklung der Sozialpolitik seit hundert Jahren sowohl wie ein Eingehen auf die geistig seelischen Nöte der Arbeiterschaft, eine Besprechung über die Wandlung des Kapitalismus wie eine Belehrung über das Arbeitsrecht. Bildung als gewerkschaftliche Zweckbildung muß sich in der Breite vollziehen, die der Lehrplan aufweist. Jedes Lehrgebiet hat Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung. Wie die gewerkschaftliche Arbeit ihre Bedeutung auch dann nicht verliert, wenn sie die Arbeitslosigkeit oder eine andere überragende Aufgabe in der jetzigen Wirtschaftsordnung nicht zu lösen vermag, so verliert auch die Schulungsarbeit auf den vorgesehenen Gebieten nicht an praktischer Bedeutung, wenn sie auf die eine oder andere brennende Frage eindeutige Antworten schuldig bleiben muß.

Gewerkschaftliche Bildung soll Zweckbildung sein, aber viele Stufen dienen diesem Zwecke und mannigfache Teilaufgaben sind uns darum gestellt. Weil wir diese Zweckhaftigkeit bejahen, müssen wir uns noch etwas anderes klar machen. Die Arbeiterbewegung lebt nicht nur von wissenschaftlichen Erkenntnissen, von klugen Abstraktionen und politischen Erwägungen, sie lebt von den Menschen, die sich ihr mit ganzer Seele hingeben. Deshalb wird gewerkschaftliche Zweckbildung auch immer Menschenbildung sein müssen. Alle Stufen der Zweckbildung müssen sich notwendig zu ihr erweitern. Wie manches starke Erlebnis bietet Bernau allein schon durch seinen Aufenthalt, dann aber durch seinen Unterricht, wie auch durch die ganze Lebensgestaltung im Laufe der vier Wochen. Solche Erlebnisse machen innere Kräfte frei und verleihen dem Dasein neue Werte, die in die Sphäre des allgemein Menschlichen gehören.

Auch eine solche Erörterung über den Zweck unserer Bildungsarbeit bleibt nicht ohne Auswirkungen auf den Menschen. Sie befreit von einem zu leichten Autoritätsglauben an Wissenschaft und Politik. Sie gibt jedem Schüler Vertrauen zu sich selbst und schafft damit wesentliche Voraussetzungen für jedes echt demokratische System, sie gibt ihm aber auch die Verantwortung für die Lösung jeder sozialen Frage aus eigener Kraft. Er hat nicht mehr das Recht, nur andere anzuklagen, sondern auch die Pflicht, von sich aus mitzuwirken, wo er auch stehen mag. Seine Tätigkeit ist nicht so geringfügig, wie sie ihm erscheinen mag. Eine solche Erörterung gibt ihm innerhalb der Gemeinschaftsarbeit, die er zu tun hat, den Mut zu sich selbst und stärkt in ihm das, was auch die Arbeiterbewegung immer wieder richtig geleitet hat, gesunden Menschenverstand und sicheren Instinkt, den die Bewegung auch heute trotz aller Sachverständigen, Kommissionsberatungen und aller Bildungsarbeit nicht entbehren kann.

Hermann Seelbach.

Paddel-Boote

(Neuheit)

Das halbarste, billigste ist das in seiner Länge zusammenlegbare und verstellbare Ein- u. Zweisitzer-Holzpaddelboot (D. R. G. M.)

Einsteher 140.- RM. Gewicht 20½ kg.
Zusatzteil 30.- RM. Für Zweisitzer. Gewicht 26½ kg. Preis 170.- RM.

Nolz - Paddel-Boot - Bau Zeitz,
Nürnberg W, Muggenhoferstraße 48.

(Mitglied des Verbandes). Verlangen Sie Prospekte.

Für Graphiker

ein praktischer Ratgeber mit 48 illustrierten Beispielen aus der Klischee- u. Drucktechnik von Hans Eckstein. (Höchste Anerkennung der Fachpresse.)

Aus dem Inhalt:

Die Wichtigkeit der Klischees nebst den näheren Bezeichnungen. Die Unterschiede und der Werdegang des Holzschnittes - Strichzungen - Autotypien - Galvanos und Stereotypen. Wie soll die Zeichnung für Reproduktionszwecke beschaffen sein? Ihre Technik - Praktische Maßangaben - Die Wirkung illustrierter Inserate - Strichzeichnung mit Rasterkombination - Positivverfahren - Farbenklischees - Die Abnutzung der Klischees und ihre Ursache - Klischeebehandlung und Aufbewahrung und dgl. mehr! Preis 3.- RM. gegen Nachnahme oder Vorauszahlung. Postscheckkonto Leipzig Nr. 15078 Conrad Müller, Scheudeitz-Leipzig, Augustastraße 8.

Gesund, billig u. froh

mit „Sonland“, dem
vielbewunderten
Fallboot

mit dem so
niedrigen Preise.
Gratisprospekt durch
Sonland-
Fallbootbau - Rosenheim - Ar

Nachruf!

Sein junges Leben endete infolge Motor-
radunfalles unser lieber Kollege

Offsetdrucker
Alfred Fetscher

Wir bedauern sein frühes Hinscheiden
um so mehr, als er sich stets an hervor-
ragender Stelle für unsere Sache eingesetzt
hat. Ein treues Gedenken ist ihm gewidmet.

Verband der Lith., Steind.
und verwandten Berufe.
Ortsgruppe Dessau.